

Diskussionpapier des Herner Bündnis: Stand 28. Juli 2003

Position des Herner Bündnisses für Arbeit und soziale Gerechtigkeit zur Finanzsituation des Bundes, des Landes NRW und der Kommunen

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Es gibt kaum Länder in der Welt, die über ein höheres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf verfügen. Nie war der zu verteilende Reichtum größer als heute.

Vor diesem Hintergrund erscheinen alle politischen Debatten über die Unvermeidbarkeit von Kürzungen im Bundes- und Landeshaushalt von NRW und in den kommunalen Haushalten mehr als fragwürdig.

Fakt ist, dass die öffentlichen Kassen aufgrund der langfristigen Steuer- und Finanzpolitik des Staates regelrecht leergefegt wurden. Die Haushaltslage des Landes NRW ist aktuell als dramatisch zu bezeichnen. Allein der Kernhaushalt des Landes, also die Summe der rechtlich gebundenen Ausgaben, übersteigt die Verfassungsgrenze derzeit um 1,6 Mrd. Euro.

Nach den aktuellen Berechnungen des Kommunalverbandes Ruhrgebiet werden die Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet in diesem Jahr das höchste Defizit seit Gründung der Bundesrepublik einfahren.

Diese Finanzkrise des Staates ist nicht durch übermäßig gestiegene Ausgaben, sondern hauptsächlich durch Einnahmeausfälle verursacht.

Die Steuerschätzung vom November 2002 zeigte, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik in zwei aufeinanderfolgenden Jahren die Steuereinnahmen absolut zurückgingen.

Dabei sind die Gemeinden und Kommunen am stärksten betroffen, der Bund hat die geringsten Steuerausfälle hinzunehmen. Die Dramatik der Entwicklung wird durch folgende Überlegung deutlich: Wenn die gesamtwirtschaftliche Steuerquote (Anteil der Steuereinnahmen an der gesamten Wirtschaftsleistung, ausgedrückt in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) auf dem Stand des Jahres 2000 geblieben wäre, hätte der Staat 2001 und 2002 insgesamt 78 Milliarden Euro mehr eingenommen. Im Jahr 2003 würde es wieder fast 45 Milliarden Euro sein.

Einige dieser Steuerausfälle sind ungeplant, weil konjunkturell bedingt, andere sind politisch gewollt und herbeigeführt worden, z.B. der Einbruch bei den Unternehmens- und Gewinnsteuern. In den Jahren 2001 und 2002 verzichtete der Staat auf Einnahmen in Höhe von über 45 Milliarden Euro im Bereich der Körperschaftssteuer.

Die Folgen sind offensichtlich: Bund, Länder und Gemeinden fahren ihre Investitionen und Förderprogramme erheblich zurück. In fast allen gesellschaftlichen Bereichen fehlt das Geld zur Durchführung notwendiger sozialer, kultureller, sportlicher und bildungsbezogener Maßnahmen und zur Durchführung notwendiger Investitionen. Diese Situation führt dazu, dass im neuen Koalitionsvertrag der Landesregierung vom 30.6.2003 bis auf die Bereiche

Herne Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Schulversorgung und Ganztagsbetreuung alle Förderprogramme im Entwurf zum Landeshaushalt 2004 zur Disposition gestellt werden.

Das Herne Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit teilt die Auffassung, dass nur eine konsequente Erhöhung der staatlichen Einnahmen dazu führen kann, dass die gesellschaftlichen Aufgaben in Bund, Ländern und Gemeinden aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit und der Generationengerechtigkeit erfüllt werden können.

Dieses Ziel, die staatlichen Steuereinnahmen zu erhöhen, kann dadurch erreicht werden, dass jene Einkommen und Vermögen stärker zur Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben herangezogen werden, die bislang überhaupt nicht oder nur geringfügig belastet werden bzw. in den letzten Jahren zum Teil massiv entlastet worden sind.

Namhafte Wissenschaftler betrachten folgende Steuermehreinnahmen als möglich und notwendig:

Vermögenssteuer	14 Milliarden Euro
Erbschaftssteuer	4 Milliarden Euro
Abschaffung Ehegattensplitting	22 Milliarden Euro
Börsenumsatzsteuer	9 Milliarden Euro
Spekulationssteuer	17 Milliarden Euro
Wertschöpfungssteuer	13 Milliarden Euro
Bekämpfung der Wirtschafts-Kriminalität	50 Milliarden Euro

Diese Einzelmaßnahmen würden zu einer Erhöhung der staatlichen Einnahmen um 129 Milliarden Euro pro Jahr führen.

Mit diesen steuerlichen Mehreinnahmen können dringend notwendige Investitions- und Beschäftigungsprogramme in Bund, Ländern und Kommunen durchgeführt werden. Die positiv veränderte Beschäftigungssituation hätte enorme Folgen für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, deren Reform dann sozial gerecht gestaltet werden kann.

Auch im fortgeschriebenen Koalitionsprogramm der Landesregierung, dem „Düsseldorfer Signal für Erneuerung und Konzentration“ vom 30.06.03, sprechen die Regierungsparteien von der Notwendigkeit, die Einnahmesituation des Landes zu verbessern und zu verstetigen. Mit diesen konkreten Vorschlägen unterstützen wir diese politische Richtung in der aktuellen gesellschaftlichen Debatte um die Staatsfinanzen.

Die Vermögensstatistik der Bundesbank zeigt, wie ungleich sich die Verteilung des gesellschaftlichen und privaten Reichtums in der Bundesrepublik entwickelt hat. Politik muss dieser Entwicklung im Interesse des Zusammenhalts der Gesellschaft entgegensteuern.

Mit diesem Konzept einer veränderten Finanz- und Steuerpolitik würde auch die Finanzkrise des Bundes, des Landes NRW und der Kommunen in Nordrhein-Westfalen wesentlich entschärft, wenn nicht gelöst.

Herner Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Das Herner Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit schlägt allen gesellschaftlichen Entscheidungsträgern vor, sich dieser grundsätzlichen Positionierung anzuschließen, um mittel- und langfristig Politik zu einem Kurswechsel zu veranlassen.